

<b>Antrag</b>	Vorlage-Nr: Öffentlichkeitsstatus:	VO/2023/1720-01 öffentlich		
<b>Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung / Änderungsantrag der BOB-Ratsfraktion</b>				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	07.02.2023	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	07.02.2023	Ö	Entscheidung	

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Osnabrück beschließt die ~~Abschaffung~~ stufenweise Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Dazu wird von der Verwaltung eine entsprechende Vorlage erstellt.

Gleichzeitig fordert der Rat die Mitglieder des Landtages Niedersachsen auf, sich für eine landesweite Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einzusetzen. ~~umzusetzen.~~

~~Wegfallende Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen sollen aus Landesmitteln finanziert werden.~~

**Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s zentrale/s Handlungsfeld/er:****Sachverhalt:**

~~Die Straßenausbaubeitragssatzung ermöglicht es den Kommunen, Beiträge von Anliegern für die Instandhaltung und den Ausbau von Straßen zu erheben. Dies führt jedoch wie aktuell in der Ellerstraße zu sehen zu ungerechten Belastungen für die Anlieger, insbesondere für jene mit geringem Einkommen. Es ist ungerecht, dass Anlieger, die bereits hohe Steuern zahlen, zusätzlich für die Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen herangezogen werden, die nicht unbedingt ihrem Nutzen entsprechen. Niedersachsenweit belaufen sich die Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen bisher auf jährlich zwischen 30 und 40 Millionen Euro. Das macht im Verhältnis zum Landeshaushalt lediglich 0,033 Prozent des Gesamtetats aus. Eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung und die Kompensation wegfallender Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen durch den Landesetat ist deshalb vernünftig.~~

~~gez.~~

~~Dr. Thomas Thiele  
Gruppenvorsitzender~~

Die Begründung erfolgt mündlich.

Gez. Levin Bosche  
(Fraktionsvorsitzender)